



**SGBCISL**

**Nr. 8/2009**  
**09.03.09**

Versand im Post-  
abonnement,  
D.L. 353/2003  
(konv. in Gesetz  
27/02/2004 Nr. 46)  
Art. 1, Abs. 2,  
DCB Bozen,  
Taxe Percue

Contiene I.R.

# SOLIDARITÄT SOLIDARIETÀ

Aktuelles aus dem Südtiroler Gewerkschaftsbund SGBCISL

- **Wirtschaft & Arbeit**  
Die Krise und wir
- **Landeskongress am 23. und 24. April**  
„Unsere Zukunft mitbestimmen“



● Die Krise und wir

Seite 4-6



● Landeskongress

Seite 9



● die neuen Sozialmaßnahmen

Seite 12-13

## Inhalt

- Leitartikel**
- 3 Herausforderung annehmen!
- Thema**
- 4 Die Krise und wir
- 5 Was die Gewerkschaften fordern
- 6 Soziales Netz bei Betriebskrisen
- Interview**
- 7 Meine Bilanz der letzten vier Jahre
- Vertragspolitik**
- 8 Das Rahmenabkommen zum neuen Kollektivvertragssystem
- Standpunkt**
- 9 Gewerkschaften heute
- 9 Landeskongress am 23. und 24. April
- Aus den Bezirken**
- 10 Kosten dürfen nicht alleiniges Kriterium sein
- 11 Krise bedeutet auch Entscheiden
- Service**
- 12-13 Steuerbonus, Social Card, Energiebonus
- Vermischtes**
- 14 Nützliches und Kurioses
- Kultur & Freizeit**
- 15 Angebote für den Frühsommer
- Zu guter letzt**
- 16 Solidarität für...

## Impressum

### SOLIDARIETÀ SOLIDARITÀ

Zeitschrift des SGBCISL  
Siemensstraße 23  
39100 Bozen  
Tel. 0471 568 401  
Fax 0471 568 403  
www.sgbcisl.it

Eintragung Landesgericht  
Bozen Nr. 2/77 vom 4.2.1977  
Presserechtlich verantwortlich:  
Florian Kronbichler  
Grafik: www.socompierre.com  
Druck: Tip. Alto Adige, Bozen

### Redaktion:

Anton von Hartungen,  
Carlo Gobetti,  
Tila Mair,  
Daniela Bernardi,  
Manfred Gamper,  
Nicola Calanducci,  
Armin Pircher (Koordination)

### Kontakt:

armin.pircher@sgbcisl.it  
Siemensstraße 23 - 39100 Bozen  
Tel. 0471 568 402



Anton von Hartungen  
Landessekretär des SGBCISL

## Herausforderungen annehmen!

In diesen Wochen finden die Kongresse der Fachgewerkschaften des SGBCISL statt. Die Delegierten, die daran teilnehmen, sind zuvor in Betriebsversammlungen von ihren ArbeitskollegInnen dafür ausgewählt worden. Bei den Fachgewerkschaftskongressen wiederum wählen die anwesenden Delegierten ihre Vertreter für den Landeskongress des SGBCISL, der am 23. und 24. April in Bozen stattfinden wird. Bei den Kongressen auf Fachgewerkschafts- und Landesebene geht es darum, die Organisation zu überdenken, Entwicklungen zu hinterfragen, sich neue Ziele zu setzen, Arbeitsschwerpunkte festzulegen, Weichen zu stellen. Letzteres bedeutet auch, sämtliche Leitungsgremien neu zu besetzen, also jene Personen innerhalb der Organisation auszuwählen, welche die Verantwortung im SGBCISL für die nächsten vier Jahre übernehmen werden. Dass wir im Abstand von vier Jahren Kongresse abhalten, darf folglich nicht als reine Formalität abgetan werden, sondern ist vielmehr ein unverzichtbarer demokratischer Eckpfeiler der Organisation. Gemeinsam legen wir den Kurs für die nächsten Jahre fest, gemeinsam stellen wir inhaltliche und personelle Weichen; im Sinne einer lebendigen, demokratischen und verantwortungsbewussten Organisation.

Auf gesamtstaatlicher Ebene ist das Verhältnis zwischen den Gewerkschaftsbünden derzeit sehr angespannt. Nachdem die CGIL bereits zuvor eine Reihe von Kollektivvertragserneuerungen nicht mitgetragen hatte, hat sie am 22. Jänner 2009 auch das Rahmenabkommen zur Erneuerung des Kollektivvertragsmodells nicht unterzeichnet. Diese Haltung ist für mich unverständlich, weil das Abkommen aufgrund des im Mai 2008 von allen Gewerkschaftsbünden einheitlich verabschiedeten Forderungskatalogs abgeschlossen wurde. Unver-

ständig ist auch, dass die CGIL in verschiedensten Sektoren einseitig Streiks ausgerufen hat, was die Arbeitnehmerschaft noch mehr spaltet und schwächt. Gerade in Krisenzeiten, in denen Tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen, wäre eine breite Zustimmung zu diesem Abkommen, welches bessere Vertragsabschlüsse ermöglicht, besonders wichtig gewesen. Es stellt einen bedeutenden ersten Schritt zur Bewältigung der Krise dar. Die Gewerkschaften kämpfen derzeit um weitere Maßnahmen, etwa eine bessere soziale Absicherung für prekäre Arbeitsverhältnisse und für Personen in Lohnausgleich oder Mobilität.

Die letzte Landtagswahl war ein recht heftiges politisches Erdbeben. Die Mehrheitsverhältnisse im Südtiroler Landtag sind nicht mehr so eindeutig wie früher. Es ist schon bemerkenswert, dass eine regierende Mehrheitspartei in einem Land mit einem solch gut dotierten Landeshaushalt, mit breitem Wohlstand und vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit eine derartige Wahlschlappe erleidet. Dazu hat sicherlich auch der Umstand beigetragen, dass es zwar ein Lippenbekenntnis zur Sozialpartnerschaft gibt, diese allerdings kaum in die Tat umgesetzt wird. Da hat es auch nichts mehr gebracht, dass der Landeshauptmann die Gewerkschaften wenige Tage vor der Wahl kurzfristig zur Krise angehört hat. Erst dank der Vermittlung der neuen Arbeitslandesrätin Barbara Repetto kommt es nun endlich zu einem Treffen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände mit der Landesregierung, um gemeinsam Maßnahmen zu erörtern und Schritte zu setzen. Bleibt zu hoffen, dass es mit der Sozialpartnerschaft diesmal wirklich ernst gemeint ist und es nicht so abläuft wie mit den Politikerbezügen: am Ende bleibt doch alles beim Alten.

Anton von Hartungen

### Beilage Steuerhandbuch 2009

Dieser Ausgabe der Solidarität liegt das Steuerhandbuch 2009 bei. Es bietet nützliche Tipps und wichtige Hinweise für alle Steuerpflichtigen, die in den kommenden Wochen ihre Steuererklärung abfassen.

## ARBEIT &amp; WIRTSCHAFT

# Die Krise und wir

Die weltweite Wirtschaftskrise hat auch Südtirol erreicht. Auf diesen Seiten werden die Auswirkungen der Krise und die Perspektiven ergründet sowie die Forderungen der Gewerkschaft und die sozialen Abfederungsmaßnahmen vorgestellt. Den Einstieg in das Thema hat freundlicherweise Wifo-Direktor Oswald Lechner geliefert, den wir um seine Einschätzung der Wirtschafts- und Beschäftigungslage angesichts der Krise gebeten haben.

## Wir haben Grund zum Optimismus!



Oswald Lechner

### Große Verunsicherung

Südtirol ist keine Insel, die negativen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise und die Tatsache, dass unsere wichtigsten Handelspartner der nationale und deutsche Marktwirtschaftlich schwer angeschlagen sind, haben auch in Südtirol zu einer wirtschaftlichen Verlangsamung geführt. Südtirols Wirtschaft steht zwar immer noch vergleichsweise gut da, denn größere wirtschaftliche Probleme sind noch auf einige Sektoren und lokal begrenzt. Allgemein hingegen ist die Verunsicherung der erfolgsverwöhnten Südtiroler: Unternehmen bangen um Aufträge und halten mit den Investitionen zurück; die Mitarbeiter hinterfragen erstmals, wie sicher ihr Arbeitsplatz wohl noch sein mag; die Konsumenten warten bei langfristigen Konsumgütern noch zu (Beispiel Auto); Kreditnehmer wissen nicht, ob eine fixe oder variable Verzinsung wählen; schließlich fragen sich all jene, welche einem Rentenfonds beigetreten sind, ob dies auch die richtige Entscheidung war.

### Gemeinsam aus der Wirtschaftsdelle!

Die öffentliche Hand - ob auf internationaler, nationaler oder lokaler Ebene - legt sich mächtig ins Zeug, um konjunkturstützende Maßnahmen zu setzen und ein positives Klima zu schaffen. Aber eines ist sicher, die öffentliche Hand allein kann es nicht schaffen, jeder muss etwas verzichten und jeder muss seinen Beitrag leisten: Unter-

nehmen machen in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten kleinere Gewinne und die Einkommen der Mitarbeiter steigen langsamer. Dem kann nur gemeinsam begegnet werden. Die Unternehmen müssen gerade in schwierigen Zeiten von der Innovation über Kostenrechnung und Mitarbeiterführung bis hin zur Vermarktung noch professioneller geführt werden, um noch wettbewerbsfähiger zu werden. Die wesentliche Komponente dabei sind aber Top Mitarbeiter, welche sich mit dem Unternehmen identifizieren, helfen Kosten zu sparen, Ideen einbringen, sich weiter qualifizieren möchten! Gute Betriebe mit guten Mitarbeitern trotzen auch schwierigen Zeiten!

### Positiv in die Zukunft!

Die psychologischen Unsicherheiten wieder in den Griff zu bekommen und die Vollbeschäftigung in Südtirol zu sichern, das ist unser aller Ziel. Dafür müssen unsere Unternehmen noch stärker über die Landesgrenzen hinaus. Um dies zu schaffen braucht es Unternehmer mit Ideen zu tollen Produkten, vor allem aber offene, mehrsprachige, fachlich kompetente, motivierte Mitarbeiter. Es liegt also an den Unternehmern und Mitarbeitern, wie sich Südtirols Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze in Zukunft entwickeln werden. Eine wesentliche Voraussetzung dafür, welche allen gemein sein sollte, ist eine positive Stimmung, eine Portion Optimismus! Mit unseren Voraussetzungen in Südtirol haben wir allen Grund dafür!

Oswald Lechner

Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts der Handelskammer

## Die Lage in den Sektoren

Wir haben bei vier Fachgewerkschaftssekretären nachgefragt, wie sich die Krise in den von ihnen betreuten Sektoren auswirkt und was unternommen werden sollte.

### Chemie, Textil, Kunststoff verarbeitende Betriebe



Maurizio Albrigo

Die Krise hat auch diese Branchen getroffen, wobei wir versuchen, diese mit Urlaubsabbau und Lohnausgleich zu überbrücken.

Noch ist die Mobilität lediglich in einigen Betrieben ein Thema. Hart getroffen hat es Betriebe, die nicht nur von der Finanzkrise, sondern von der Flaute in der Autobranche betroffen sind, da die Zahl der Aufträge rapide gesunken ist. Betroffen ist mit der Röchling in Leifers ein Großbetrieb mit 900 Angestellten, die jetzt alle um ihre Zukunft bangen.

Im Siliziumwerk Memc in Sinich, einem weiteren großen Arbeitgeber, versuchen wir die Krise mit vorgezogenen Ferien für den Zeitraum 2009-2011 sowie mit Lohnausgleich zu überbrücken. Die Jobs werden derzeit von der Solarbranche gerettet, das Siliziumsegment ist momentan stark rückläufig.

Die Fensterhersteller können sich trotz der Schwierigkeiten in der Baubranche halten. Die Mössmer mit ihren 100 Beschäftigten hingegen macht seit 6-7 Jahren eine schwierige Phase durch. Die Hoffnung beruht darauf, die verbliebenen Marktsegmente besetzen zu können.

► Insgesamt bin ich der Auffassung, dass das lokale Bankenwesen in die falsche Richtung denkt und die Investitionen in Innovation sehr wohl fördern sollte.

Maurizio Albrigo

## Bauwesen



Michele Buonerba

Die letzte schwere Krise durchlebte die Baubranche in Südtirol Mitte der 80er Jahre. Seither haben das Bauvolumen und die Beschäftigungszahlen stetig zugenommen. Die öffentliche Hand hat die Investitionen in große Bauvorhaben seit einigen Jahren zurückgefahren. Wegen überholter urbanistischer Bestimmungen steht viel Kubatur leer. In Wohngebieten hat die Wohnfläche die Nachfrage bereits überstiegen. Da aber nur wenig Baugrund für den Privatmarkt zweckbestimmt worden ist, sind die Preise für Baugrund und Immobilien enorm gestiegen. Da die Einkommen mit der Teuerung nicht Schritt halten konnten, war eine Überproduktion unvermeidbar. Die Zahlen des ASTAT und der Bauarbeiterkasse belegen, dass wir uns am Anfang einer Krise befinden, die im Jahr 2009 zu einem Rückgang der Baubranche von 30% im Vergleich zu 2007 führen könnte.

Die Gesetzgebung zur Raumordnung muss abgeändert werden. Es braucht mehr Detailhandel in Gewerbegebieten und mehr Grundzuweisungen für den freien Markt in Erweiterungszonen. Ohne geeignete Maßnahmen wird die Krise lange anhalten, mit den schwerwiegenden Folgen für die rund 30.000 Beschäftigten, die direkt oder indirekt von der Baubranche leben.

Michele Buonerba

## Was die Gewerkschaften fordern

### Das Forderungspaket der Gewerkschaften in Richtung Landesregierung zur Abfederung der Krise umfasst:

- regelmäßige Aussprachen mit der Landesregierung zu wichtigen Themen, die Arbeitnehmer und Rentner betreffen;
- Bereitstellung von Geldmitteln für ein effizientes, öffentliches Krisenmanagement;
- vorübergehende Aufstockung der reduzierten Einkommen für Arbeitnehmer, die ihre Arbeit verlieren, in Lohnausgleich geschickt oder in die Mobilität überstellt werden
- die regionale Mobilität sollte auf alle lohnabhängig Beschäftigten (z.B. auch prekär Beschäftigte) ausgedehnt werden;
- Förderung der beruflichen Weiterbildung, vor allem für Personen in Mobilität oder Lohnausgleich;
- höhere soziale Treffsicherheit von Sozialleistungen; dazu soll auch die einheitliche Einkommens- und Vermögensbewertung (ISEE-Modell) verwirklicht werden;
- schnellere Anpassung der Mieten im sozialen Wohnbau bzw. Mietzuschuss für Arbeitnehmer im Lohnausgleich oder die von nicht verschuldetem Arbeitsplatzverlust und Mobilität betroffen sind;
- zeitgerechte Umsetzung der vorgesehenen 3.000 sozialen Mietwohnungen im Land;
- eine aktivere Rolle der Landesverwaltung zur Durchsetzung der zweiten Vertragsverhandlungsebene (Landes- und Betriebsverträge);
- wenn zukünftig mehr Steuern auf lokaler Ebene festgelegt werden (Steuerföderalismus), sollen die Sozialpartner auf Landes- oder Gemeindeebene einbezogen werden.



Foto: LPA Pertl

Die Gewerkschaften haben diese Forderungen kürzlich LH Durnwalder vorgestellt

## Metallbranche



Renzo Rampazzo

Die Lage im Metallbereich in Südtirol nimmt Besorgnis erregende Ausmaße an. Der Konsumrückgang und die Finanzkrise machen sich auch in der „glücklichen Insel“ Südtirol bemerkbar. Einer der wenigen Betriebe, welche die schwierige Lage nicht zu spüren bekommen, ist die IVECO DVD in Bozen, und dies hängt mit der Produktion von Militärgerät zusammen. Alle anderen sind mehr oder weniger, je nachdem wie stark sie von der Automobilindustrie abhängig sind, schwer betroffen. Bereits im November haben wir die Landesregierung aufgefordert, die Lage nicht zu unterschätzen und sich dafür zu verwenden, die Beschäftigung zu erhalten und die Kaufkraft der Familien mit gerin-

gem bzw. mittlerem Einkommen zu stärken.

Der Vergleich der Nisf-Daten zu den ordentlichen Lohnausgleichsstunden in der Metallbranche der Jahre 2007 und 2008 zeigt die Schwierigkeiten der Betriebe und Arbeitnehmer deutlich: 46.524 Stunden im Jahr 2007, 263.488 Stunden im Jahr 2008.

Ein sprunghafter Anstieg der Lohnausgleichsstunden war ab Oktober 2008 zu verzeichnen, und betraf Betriebe mit vielen Beschäftigten, etwa die Stahlwerke Valbruna, Hoppe, GKN und Alupress. Voraussichtlich wird sich die Situation auch 2009 fortsetzen, in den schlimmsten Fällen könnten einige Arbeitsplätze verloren gehen. Deshalb sollten die politischen Verantwortungsträger sich etwas einfallen lassen und Geldmittel bereit stellen, und vor allem die Gewerkschaften mit einbeziehen.

Renzo Rampazzo

**Handel, Gastgewerbe, Dienstleistungen**



Tila Mair

Auch in unseren Sektoren wächst die Zahl der Arbeitnehmer, die ihre Arbeit verlieren oder in Lohnausgleich überstellt werden. Immer mehr Jobs sind gefährdet, und eine neue Anstellung zu finden wird immer schwerer, vor allem für Frauen und Jugendliche. Der Dienstleistungssektor war bisher eine Bran-

che, die Arbeitskräfte aus anderen Sektoren aufnehmen konnte. Dies ist nun nicht mehr so, und der Negativtrend könnte anhalten.

Ama, Arma, Würth Italien, Reinigungsunternehmen, Sozialgenossenschaften: dies sind nur einige Beispiele für Betriebe, welche die Wirtschaftskrise zu spüren bekommen.

Der Autoteile-Handelsbetrieb AMA schließt und wird bis April 20 der 33 Arbeitnehmer in die Mobilität überstellen. Bei Würth konnten 100 Jobs dank Solidaritätsverträge für 260 Beschäftigte und einer Arbeits-

zeitreduzierung von 25% bei Lohnkürzungen von „nur“ 10% gerettet werden. Auch der Mensabetreiber ARMA wird wegen der Schwierigkeiten einiger Industriebetriebe um Lohnausgleich ansuchen. Zahlreiche Genossenschaften, vor allem Sozialgenossenschaften, stehen vor dem Aus.

Es braucht Lösungen: soziale Abfederungsmaßnahmen müssen überarbeitet und ausgedehnt werden. Auch die Politik, vor allem die Landespolitik, muss handeln.

Tila Mair

## Soziales Netz bei Betriebskrisen

Eine Übersicht über die verschiedenen sozialen Abfederungsmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen, die von Betriebskrisen betroffen sind.

**Lohnausgleich**

bedeutet die vorübergehende Einstellung der Arbeitstätigkeit; der Arbeitsplatz wird beibehalten. Zugelassen sind hauptsächlich Industriebetriebe mit mehr als 15 Beschäftigten wegen der Einschränkung oder zeitweiligen Einstellung der Produktion bei Krisen. Der Betrieb muss zuvor die Gewerkschaften informieren und anhören. Die ordentliche Lohnausgleichskasse wird vom Nisf/Inps verwaltet und ist zeitlich begrenzt: ununterbrochen für max. 13 Wochen und bis zu 1 Jahr im Biennium. Arbeitnehmer erhalten 80% der Entlohnung bis zu einer bestimmten Höchstgrenze (2009: 886,31 Euro bzw. 1.065,26 Euro brutto für jene die mehr als 1.917,48 Euro Monatsgehalt haben) Neben dem ordentlichen gibt es auch den außerordentlichen Lohnausgleich. Letzterer läuft über das Arbeitsministerium in Rom. Die Sektoren Bau und Landwirtschaft haben eigene Formen der Lohnausgleichskasse.

**Mobilität**

bedeutet de facto Arbeitslosigkeit. Zugelassen sind Betriebe (z.B. Industriebetriebe mit mehr als 15 Beschäftigten, Handelsbetriebe mit mehr als 50), die Personal abbauen müssen. Arbeitnehmer erhalten im ersten Jahr eine Entschädigung in der Höhe des Lohnausgleichs. Der Betrieb muss das Arbeitsamt und die Gewerkschaften informieren und mit letzteren den Personalabbau (Auswahlverfahren) verhandeln. Betriebe, die Personen aus der Mobilitätsliste einstellen, erhalten bestimmte Vergünstigungen. Auf lokaler Ebene ist die regionale Mobilität (800 Euro netto monatlich bis zu einem Jahr) eingeführt worden, welche auch sämtliche unbefristet Beschäftigten von Kleinbetrieben umfasst.

**Solidaritätsverträge**

ermöglichen es, Entlassungen in Krisensituationen zu verhindern, indem die Betriebe mit einem Ge-

werkschaftsabkommen die Arbeitszeitverkürzung auf sämtliche Beschäftigte aufteilen. Der Staat mildert die Lohnkürzungen ab, indem er einen Teil des entgangenen Lohns erstattet. Somit werden die Folgen einer Krise auf alle (Betrieb, Beschäftigte, Allgemeinheit) aufgeteilt und Entlassungen verhindert.



**Ordentliche Arbeitslosenunterstützung**

Grundsätzlich hat Anrecht auf das Arbeitslosengeld, wer für einen bestimmten Zeitraum sozialversichert war und seine Arbeit ohne Eigenverschulden verliert. Das Arbeitslosengeld beträgt in den ersten 6 Monaten 60%, in den darauf folgenden zwei Monaten 50%. Es gibt viele Arten der Arbeitslosenunterstützung, je nach Branche und Arbeitsvertrag, mit unterschiedlichen Beträgen und Voraussetzungen, deren Erläuterung den Rahmen sprengen würde.

## INTERVIEW

# Meine Bilanz der letzten vier Jahre

Wir haben mit Landesgeneralsekretär Carlo Gobetti über die vergangenen vier Jahre Bilanz gezogen und einen Ausblick auf die Zukunft der Gewerkschaft gewagt

## Wie beurteilst du aus gewerkschaftlichem Blickwinkel die Ereignisse der vergangenen vier Jahre?

Ich möchte vorausschicken, dass die letzten vier Jahre vor allem auf gesamtstaatlicher Ebene sehr schwierig waren, da die Gewerkschaft ständigen Angriffen der Regierung ausgesetzt war, etwa zum Artikel 18, bei der Rentenreform, der Biagi-Reform, gegen das vermeintliche Blaumachen oder auf die Abfertigung. Ziel war es, die Gewerkschaft zu schwächen. Auch Südtirol ist von alledem nicht verschont geblieben. Hier waren es schwierige Jahre, weil eine wahre Sozialpartnerschaft gefehlt hat. Aus meiner Sicht deutet dies auf den Versuch der Politik hin, die Bedeutung der Gewerkschaft zu schmälern und sie an den Rand zu drängen. Die Politik hat sich an ihre Überzeugung gewöhnt, allein die Schwerpunkte setzen und die Lösungen suchen zu können, und dabei auch über die Köpfe der Menschen hinweg zu entscheiden. Dies ist auch deshalb ein Problem, weil die Arbeitgeberverbände im Gegensatz zu den Gewerkschaften auch im Landtag direkt ihre Interessen und Ideen durchsetzen.

## Welche deiner Ziele konntest du erreichen?

Eines der Ziele während meines Mandats war es, die organisationsinterne Beteiligung an den Entscheidungsgremien des Bundes zu fördern. Ich kann sagen, dass dies größtenteils gelungen ist, dafür sprechen die zahlreichen Generalrats- und der Ausschusssitzungen. Was aber am meisten zählt, ist die rege Teilnahme und die aktive Mitarbeit. Diesen Weg sollten wir weiter beschreiten, wir beleben den internen Meinungsaustausch, und die Ergebnisse werden uns Recht geben.

## Welche Strategien sollte die Gewerkschaft angesichts der Wirtschaftskrise, der Teuerung und der Präkarisierung verfolgen, um die Arbeitnehmer zu schützen?

Zweifelsohne macht die Wirtschaft eine schwierige Phase durch, weltweit wie auch auf lokaler Ebene. Um die derzeitigen Herausforderungen zu meistern, braucht es einen ständigen Verhandlungstisch zwischen den Sozialpartnern und der Politik. Dabei sollte die Lage er-



Carlo Gobetti  
Landessekretär SGB/CISL

örtet und die notwendigen Maßnahmen sowie deren Finanzierung beschlossen werden. Es kann nicht sein, dass nur die Arbeitnehmer für die Krise aufkommen müssen. Diese Vorgehensweise sollte auch bei der prekären Arbeit angewandt werden, die immer verbreiteter ist, und vor allem Jugendliche betrifft, wie aktuelle Statistiken belegen. Ohne Sozialpartnerschaft läuft Südtirol Gefahr, sehr viel aufs Spiel zu setzen.

## Was kann die Reform des Kollektivvertragssystems für Südtirol bringen?

Das Rahmenabkommen erlaubt einen schnelleren Abschluss der

Kollektivverträge und wertet die Vertragsverhandlungen auf, besonders auf der 2. Verhandlungsebene, die gerade auch von den lokalen Arbeitgeberverbänden bisher vergessen und blockiert worden ist. Deshalb hat die Cisl gut daran getan, dieses Rahmenabkommen zu unterzeichnen. Die Cgil hingegen hat es nicht unterzeichnet und statt dessen eine Abstimmung organisiert, die einen rein propagandistischen Wert hat.

## Welchen Weg sollte der SGB/CISL deiner Meinung nach in Zukunft einschlagen?

Es kommen sicherlich schwere Jahre auf die Gewerkschaft zu. Wir müssen also geeignete Lösungen finden. Es kommt jetzt auf einen grundlegenden Wert an, auf die Solidarität. Diese müssen wir vor allem jenen ArbeitnehmerInnen entgegenbringen, die derzeit benachteiligt sind. Mehr interne Verbundenheit im Bund kann sicherlich dazu beitragen, unsere Gewerkschaft in der Arbeitswelt zu stärken. Unsere Organisation darf die tragenden Werte ihrer Gründung im Jahr 1948 nicht vergessen. Wir haben im Vorjahr das 60jährige Bestehen des SGB/CISL gefeiert. Dieses Jubiläum ist nicht als ein erreichtes Ziel zu betrachten, sondern sollte der Ausgangspunkt für neue Herausforderungen sein. In Anbetracht der Wirtschaftskrise müssen die Gewerkschaften wieder versuchen, gemeinsam zu agieren. Die parteipolitische Unabhängigkeit des SGB/CISL und der gesamtstaatlichen Cisl wird in Zukunft wichtig sein bei der Auseinandersetzung mit den Regierungen. Nicht zuletzt muss sich auch die Wertschätzung der verschiedenen Kulturen und Sprachgruppen in den Entscheidungen und der Ausrichtung des SGB/CISL widerspiegeln.

RAHMENABKOMMEN ZUM NEUEN KOLLEKTIVVERTRAGSSYSTEM STEHT

# Neuer Schwung dank besserer Spielregeln

Die Gewerkschaften (außer der Cgil) und die Arbeitgeberverbände haben mit der Regierung am 22. Januar 2009 in Rom nach intensiven Verhandlungen das Rahmenabkommen zur Erneuerung des Kollektivvertragssystems unterzeichnet. Es soll die Vertragsverhandlungen fördern, die Produktivität besser umverteilen und die Kaufkraft der Löhne stärken.

Das neue Rahmenabkommen löst das Kollektivvertragssystem aus dem Jahr 1993 ab. Die Gewerkschaften hatten dessen Überarbeitung gefordert, da die Produktivitätsgewinne über die zweite Verhandlungsebene kaum umverteilt und die Teuerung unzureichend abgegolten wurden.

Das Abkommen gilt für den Privatsektor und den öffentlichen Dienst. Die Schwerpunkte des Abkommens, das versuchsweise für vier Jahre gilt und dessen Richtlinien in den verschiedenen Branchenkollektivverträgen erst noch umgesetzt werden müssen, betreffen:

- 1) die Stärkung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter sowie
- 2) die Aufwertung der zweiten Verhandlungsebene.

Die wichtigsten Neuerungen sind:

- dreijährige Laufzeit des arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Teils der Kollektivverträge sowie der Zusatzverträge
- ein besserer Inflationsausgleich

aufgrund des europäischen HVPI-Indikators

- Liegt die vorausgesagte Inflation unter der tatsächlich festgestellten Teuerung, werden diese Abweichungen noch während der dreijährigen Laufzeit des Kollektivvertrags erstattet
- neue Garantieklausel, um Lohn einbußen bei verspäteter Vertragserneuerung zu verhindern
- Ausgleichszahlung am Ende der dreijährigen Laufzeit des Kollektivvertrags für jene, die vier Jahre lang nicht in den Genuss der zweiten Verhandlungsebene gekommen sind;
- Umverteilung der erzielten Produktivitätsgewinne über die zweite Verhandlungsebene (Landeszusatzverträge, Betriebsabkommen), die durch Steuer- und Beitragsentlastungen staatlich gefördert wird
- Förderung der bilateralen Körperschaften, welche die Schutzbestimmungen und Leistungen zugunsten der ArbeitnehmerInnen ausbauen.

## Abkommen sichert Kaufkraft

„Dieses Abkommen sichert die Kaufkraft der Einkommen der ArbeitnehmerInnen“, so bewertete Cisl-Sekretär Giorgio Santini das neue Rahmenabkommen anlässlich einer Delegiertentagung des SGB/CISL am 12. Februar in Bozen. Er ging dabei auf die Eckpunkte des Rahmenabkommens ein.

„Dieses Abkommen war schon seit 10 Jahren überfällig, vor allem aus der Sicht der Cisl“.

Die ausgebliebene Reform des Kollektivvertragssystems habe sich in



Giorgio Santini

diesen Jahren, aufgrund der verspäteten Vertragserneuerung und des unzureichenden Inflationsausgleichs, vor allem auf die Löhne der Arbeitnehmer negativ ausgewirkt, so Santini. Dank des Abkommens können die Kollektivverträge nun schneller abgeschlossen und die Inflation besser ausgeglichen werden. Der gesamtstaatliche Kollektivvertrag werde nicht abgewertet, im Gegenteil, er bilde weiterhin den Dreh- und Angelpunkt der zukünftigen Vertragsverhandlungen. Besondere Bedeutung komme in Zukunft der zweiten Verhandlungsebene zu, „dem innovativsten Teil des Abkommens“, so Santini.

	Abkommen vom Juli 1993 und nachfolgende	Rahmenabkommen vom 22. Jänner 2009
Kollektivvertragliche Laufzeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• vierjährig für den „normativen“ Teil</li> <li>• zweijährig für den „wirtschaftlichen Teil“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• dreijährig für alle Verträge</li> </ul>
Bestimmung der Zielinflation	Regierung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• unabhängige Einrichtung</li> <li>• Bereinigung von der „importierten energiebezogenen Inflation“</li> </ul>
Lohnerhöhungen und Inflationsausgleich	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Branchenkollektivvertrag alle zwei Jahre</li> <li>• Ausgleich zwischen realer und Zielinflation erst nach Abkommen</li> <li>• territorialer oder betrieblicher Zusatzvertrag</li> <li>• Drei Monate nach Ablauf des KV erhalten die ArbeitnehmerInnen 30 % der Zielinflation, bis der neue Vertrag abgeschlossen ist</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• dreijährig</li> <li>• Ausgleich zwischen realer und Zielinflation innerhalb der Geltung des alten Vertrages</li> <li>• Territoriale und betriebliche Zusatzverträge</li> </ul>

Die Kollektivvertragssysteme im Vergleich



## Gewerkschaften heute

Die Lage der Gewerkschaften wird zunehmend schwieriger. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sieht es so: „Wir haben den neokonservativen Zeitgeist gegen uns. Wir haben Realverluste. Und wir haben in vielen Branchen klassische Formen von Lohnverzicht.“ Das Machtungleichgewicht ist in der Tat zugunsten der Unternehmer gewachsen. Dazu kommen noch selbst verursachte Probleme: Die Zersplitterung im Gewerkschaftslager, der Dauerstreit zwischen CISL und UIL auf der einen und der CGIL auf der anderen Seite. Trotz der Schwierigkeiten, die von außen aber auch von innen kommen, verfügen die Gewerkschaften in Italien nach wie vor über Einfluss und Macht. Sie organisieren immer noch Millionen Arbeiter und Angestellte, wenngleich die Gewichtsverlagerung in der Mitgliederstruktur weg vom aktiven

Arbeitnehmer in Richtung Rentner unvermindert weitergeht. Eine nicht unproblematische Entwicklung. Wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften ist es, in Tarifaueinsetzungen mit der Arbeitgeberseite die abhängig Beschäftigten zu vertreten. Die Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften haben über viele Jahrzehnte zur Stabilität des Staatsgefüges beigetragen. In der politischen Auseinandersetzung der 60er und 70er Jahre wurden für den minderbemittelten Teil der Bevölkerung beachtliche Erfolge errungen. Weit über die Tarifpolitik im klassischen Sinn hinaus.

Seit den 90er Jahren stehen die Gewerkschaften unter massivem Druck. Die durch die Globalisierung verschärfte internationale Konkurrenz hat den Handlungsspielraum eingeschränkt. Die Gewerkschaften versuchen die totale Deregulierung

am Arbeitsmarkt zu verhindern. Sehr erschwert wird ihre Lage durch die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Wer nicht festangestellt arbeitet, ist für die Gewerkschaften schwer erreichbar. Scheinselbständige und prekär Beschäftigte sind ungeschützter und gewerkschaftlich schwerer zu organisieren als Kernbelegschaften – und die schrumpfen.

Die Gewerkschaften befinden sich in einem Umbruch- und Lernprozess. Sie sehen ihre Aufgabe nicht darin, sich gegen notwendige Reformen zu stellen, wohl aber möchten sie mitgestalten. Gelingt ihnen das nicht, werden sie weiter an Einfluss verlieren. Das wäre weder im Interesse der Arbeitnehmer noch im Interesse der Gesellschaft.

Sepp Stricker

### LANDESKONGRESS

## Wir rüsten uns für neue Herausforderungen

Die Vorbereitungen für den bevorstehenden 16. Landeskongress des SGBCISL laufen auf Hochtouren. Dieser wird am 23. und 24. April 2009 im Pastoralzentrum in Bozen stattfinden.

Der ordentliche Landeskongress findet alle vier Jahre statt. Dabei werden die Führungsgremien der Organisation neu bestellt sowie die Ziele und Strategien des Gewerkschaftsbundes für die kommenden vier Jahre festgelegt. Diese werden in einem Abschlussdokument zusammengefasst, das im Laufe des

Kongresses diskutiert und verabschiedet wird.

Am Landeskongress, dem wichtigsten Beschluss fassenden Gremium des SGBCISL, nehmen rund 150 Delegierte teil, die bei den in diesen Wochen stattfindenden Kongressen der Fachgewerkschaften ernannt werden. Die Teilnehmer der Fachgewerkschaftskongresse sind ihrerseits zuvor bei Betriebsversammlungen von ihren ArbeitskollegInnen gewählt worden. Der Kongress 2009 steht unter dem Motto „Unsere Zukunft mitbestimmen“.

### ORGANISATION

## Mehr Mitglieder

Der SGBCISL konnte auch 2008 einen Mitgliederzuwachs verzeichnen: 38.624 Mitglieder bedeuten 400 Mitglieder mehr als im Vorjahr. Eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Herausforderungen wird 2009 – angesichts der Auswirkungen der Wirtschaftskrise – die Sicherung der Einkommen und Arbeitsplätze sein. Der SGBCISL setzt dabei auf den sozialen Dialog und die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern und der Politik. Die Ziele für 2009 und die Mitgliederzahlen wurden bei der traditionellen Pressekonferenz zu Jahresbeginn vorgestellt.

MERAN - VINSCHGAU

## Kosten dürfen nicht alleiniges Kriterium sein



Günther Patscheider

Durch das Inkrafttreten des Landesgesetzes zur Pflegesicherung hat sich im Sozialbetreuungsbe- reich einiges getan. So kann der von der öffentlichen Hand gewährte Pflegebeitrag nun von den Anspruchsberechtigten selbst nach Belieben eingesetzt werden. Dies erscheint auf den ersten Blick als sinnvoll, weil es jedem die Gelegenheit gibt, die eigene Betreuung nach individuellen Bedürfnissen zu organisieren. Bei genauerer Betrachtung wird aber klar, dass es hauptsächlich um Kosteneinsparung geht. Dies führt dazu, dass wir auf lange Sicht von einem öffentlichen bzw. halböffentlichen Betreuungssystem mit hohen Qualitätsstandards zu einem privaten System wechseln, in dem das Hauptaugenmerk auf der höchstmöglichen Kosteneinsparung liegt.

Ein Negativbeispiel für diese Entwicklung hat kürzlich die Gemeinde Meran geliefert. Die Lebenshilfe hat im Zuge der Neuausschreibung den Auftrag von 12.000 Betreuungsstunden im Hauspflagedienst an die Sozialgenossenschaft AGAPE ver-

loren, weil letztere das günstigere Angebot vorgelegt hat. Die Qualität der Dienste spielte bei der Vergabe keine Rolle. Wichtig ist, dass die Gemeinde bei gleich bleibender Stundenzahl so viel wie möglich einsparen kann.

Konkurrenz belebt, heißt es. Wenn aber nicht die Qualität der Dienste, sondern ausschließlich der niedrigste Preis den Ausschlag gibt, dann geht dieses System zu Lasten der Beschäftigten und der Betreuten. Zum einen werden Arbeitskräfte angelockt, die sich auch mit 8 Euro brutto pro Stunde begnügen, was der vom gesamtstaatlichen Kollektivvertrag der Sozialgenossenschaften vorgesehene Mindestlohn für Sozialbetreuer in der Hauspflege ist. Anbieter hingegen, welche die Landeskollektivverträge anwenden, wie etwa die Caritas, sind zu diesen Bedingungen nicht wettbewerbsfähig. Der Landeskollektivvertrag sieht für dasselbe Berufsbild eine deutlich höhere Einstiegsentlohnung vor: 12,03 Euro pro Stunde. Weiters muss noch berücksichtigt werden, dass die Ausbildung der Sozialbetreuer in Südtirol 3.000 Stunden dauert. Wir verfügen also über gut ausgebildete Fachkräfte, was uns, auch von außerhalb Südtirols, allgemein bestätigt wird.

Wenn das Land bei der Auftragsvergabe Anbieter von Betreuungsdiensten zulässt, ohne die Anwendung der Landeskollektivverträge einzufordern und das Ausbildungsniveau zu berücksichtigen, dann waren alle bisherigen Bemühungen und eingesetzten Ressourcen umsonst. Die Fachkräfte würden umsonst ausgebildet, sofern sie nicht bereit sind, für einen Hungerlohn zu arbeiten, um mit den auswärtigen Pflegekräften mithalten zu können.

All dies kann nicht im Sinne der Pflegebedürftigen, der Beschäftigten und der Allgemeinheit sein.

Günther Patscheider

### ORGANISATION

## In Rente gehen, im SGBC/SL bleiben

Wer in Rente geht, braucht weiterhin eine starke Interessensvertretung. Sichere und faire Pensionen, soziale Sicherheit, Mitsprache auf verschiedenen politischen Ebenen, eine angemessene Lebensqualität, all diese Ziele können leichter erreicht werden, wenn die Kräfte gebündelt bleiben. Arbeitnehmer, die bereits im Laufe ihres Arbeitslebens die Werte und Ziele der Gewerkschaft mitgetragen haben, können dies über den Beitritt zur Rentnergewerkschaft auch im Ruhestand tun.

Nicht zuletzt können Mitglieder der Rentnergewerkschaft FNP im SGBC/SL auch eine Reihe von Vorteilen und Diensten beanspruchen, von der Freizeitgestaltung bis hin zu verschiedensten Konventionen.

## Margit neu im Team



Margit Vareschi

Das Bezirksbüro Meran kann seit einigen Monaten mit Margit Vareschi auf eine vielseitige und kompetente neue Mitarbeiterin bauen. Vareschi ist aus Lana und seit September 2008 im Meraner

SGBC/SL-Büro tätig. Sie betreut die ArbeitnehmerInnen, wenn es um arbeitsrechtliche Fragen im Bereich Handel, Gastgewerbe und Dienstleistungen geht, von Lohnstreifenkontrollen und -berechnungen bis hin zu Streitfällen.

Wir wünschen weiterhin gute Arbeit, Margit!

BRIXEN-BRUNECK

## Krise bedeutet auch Entscheiden

**Südtirol wird diese internationale Wirtschaftskrise stärker zu spüren bekommen als die bisherigen. Südtirol verfügt aber über Voraussetzungen, um diese Krise zu meistern. Dazu braucht es aber mehr partnerschaftliche Zusammenarbeit der Politik mit den Sozialpartnern im Interesse Aller.**

Diesen Schluss zogen kürzlich die rund 60 Delegierten des SGB/CSL-Bezirks Eisack/Rienz bei einer Informationstagung in Reischach. Inhaltlicher Schwerpunkt der Veranstaltung war die gegenwärtige Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in Südtirol.

Dass die Krise Südtirol bereits erreicht hat, machten Bezirkssekretär Eduard Wieser, Baugewerkschafter Heini Federspieler und Metallersekretär Herbert Unterfrauner deutlich. Viele Arbeitsverhältnisse werden aufgelöst oder nicht verlängert, die atypische Beschäftigung nimmt zu, mahnte etwa Eduard Wieser. Mit der Baubranche ist einer der tragenden Wirtschaftszweige rückläufig, was sich insgesamt negativ auf den Arbeitsmarkt auswirkt, da viele Jobs auch indirekt mit dem Bausektor zusammenhängen, so Federspieler.

Derzeit werden das Risiko gering und Investitionen zurückgehalten, somit gehen auch die Produktion und der Konsum zurück, was Arbeitsplätze gefährdet, analysierte Werner Kussstatscher vom Unternehmerverband Südtirol. Nun werde bei den Betrieben die Spreu vom Weizen getrennt. Krisen bieten Chancen, und Südtirol

verfüge über gute Voraussetzungen, um die Krise zu meistern: eine gute Infrastruktur, ein ausgewogenes Wirtschaftsgefüge, Stabilität, Sicherheit sowie qualifizierte Mitarbeiter, die gerade jetzt ein besonders wichtiger Wettbewerbsfaktor seien.

Für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik trat Europaparlamentarier Sepp Kussstatscher ein. Er stellte die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer Wirtschaft, die zwanghaft ständig wachsen müsse, und brachte einige interessante Denkanstöße vor, etwa die höhere Besteuerung von Konsum und Umweltverschmutzung. Anton von Hartungen und Michele Buonerba vom SGB/CSL-Landessekretariat gingen auf die gewerkschaftlichen Anliegen ein. Buonerba forderte mehr Geldmittel für soziale Sicherungssysteme, Steuererleichterungen für ArbeitnehmerInnen sowie gerechtere und besser aufeinander abgestimmte Sozialleistungen und leistbare Wohnungen. So brauche es in Erweiterungszonen mehr Spielraum für den privaten Wohnbau.



Krise: Delegierte erörtern Auswirkungen und Auswege

Um Arbeitsplätze zu sichern brauche es echten sozialen Dialog, so Anton von Hartungen. Sozialem Dumping müsse Einhalt geboten werden. Der Sozialstaat sei für alle da, jetzt müssten auch alle entsprechend dazu beitragen, im Sinne einer zukunftsfähigen und gerechten Gesellschaft. Die Begriffserklärung des aus dem Griechischen stammenden Wortes Krise ist „Nachdenken und Entscheiden“. Dies soll, so das Fazit der Veranstaltung, auch Südtirols Weg sein, sofern der soziale Dialog dabei nicht zu kurz kommt und die Gewerkschaftsbewegung bei der Entscheidungsfindung einbezogen wird, im Interessen der größten und „schwächsten“ gesellschaftlichen Gruppe, den ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen

## Krise dehnt sich aus

**Wir haben beim Landessekretär der Metallgewerkschaft Herbert Unterfrauner nachgefragt, wie er die derzeitige Wirtschafts- und Beschäftigungssituation im Bezirk einschätzt.**



Herbert Unterfrauner

### **Herbert, wie ist die Lage im Bezirk?**

Wie überall: Die Krise dehnt sich aus. Die Menschen sind verunsichert, viele fürchten um ihren Job und ihre Zukunft. Täglich flattern neue Anträge um Lohnausgleich auf den Tisch, auch von kleineren Betrieben, z.B. von Instal-

lateuren. Und der Boden ist noch nicht erreicht. Da wird es für viele schwer, über die Runden zu kommen. Die Aufträge kommen nicht, die Betriebe sind nicht bereit, große Investitionen zu tätigen, und wenn sich die Zahlungsmoral verschlechtert, steigt auch das Risiko für die Betriebe, das Geld spät oder gar nicht zu bekommen. Einige Unternehmen haben in den letzten Jahren satte Gewinne gemacht. Jetzt wird sich zeigen, ob sie diese auch

einsetzen, um die Krise zu überstehen, oder ob sie lieber beim Land die Hand aufhalten, wie jene, die es nötiger hätten...

### **Was wäre nun konkret anzugehen?**

Jetzt ist höchste Zeit, dass das Land endlich die geplanten Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme für die Arbeitnehmer in Lohnausgleich in die Tat umsetzt, um ihre Situation am Arbeitsmarkt zu verbessern.

DIE NEUEN SOZIALMASSNAHMEN FÜR BEDÜRFTIGE FAMILIEN UND RENTNER

# Nicht verpassen!

In der letzten Ausgabe der Solidarität haben wir den Steuerbonus für Familien, die Social Card und den Energiebonus bereits kurz vorgestellt. Da die Fälligkeiten für die Antragsstellung verlängert worden sind und viele Anspruchsberechtigte diese Leistungen gar nicht kennen, stellen wir diese drei Sozialmaßnahmen nochmals vor.

## Der Steuerbonus für Familien

Es handelt sich um eine einmalige Auszahlung, die nur im Jahr 2009 gilt, und je nach Einkommen und Familienzusammensetzung gewährt wird. Der Betrag reicht von 200 bis 1.000 Euro, stellt kein steuerpflichtiges Einkommen dar und zählt nicht für die Rente.

### Begünstigte

Lohnabhängige, RentnerInnen, geregelte und koordinierte MitarbeiterInnen. Ausgenommen sind u.a. Selbständige, Inhaber einer Mwst.-Nummer und Personen mit Einkommen aus Grund- bzw. Hausbesitz über 2.500 Euro

### Antragstellung/Auszahlung

Die Antrag stellende Person erklärt im Vordruck, die Einkommensvoraussetzungen zu erfüllen, und gibt zudem die Zusammensetzung der Familiengemeinschaft an. Der Antrag für den Bezugszeitraum 2008 muss beim Arbeitgeber oder Rentenversicherungsträger bis zum 31. März 2009 abgegeben werden.

Diese zahlen den Bonus über den Lohnstreifen bzw. die Rente aus. Wer keinen Steuersubstituten (also kein laufendes Arbeitsverhältnis) hat, kann den Bonus für das Bezugsjahr 2008 über die Steuererklärung beanspruchen oder sich an ein

Steuerbeistandszentrum wenden, welches die Anträge an die Agentur für Einnahmen übermittelt. In letzterem Fall sind die Fälligkeiten der 30. April 2009 für das Bezugsjahr 2007 bzw. der 30. Juni 2009 für das Bezugsjahr 2008 für jene, die keine Steuererklärung abfassen müssen.

n.b. Zu den erforderlichen Unterlagen gehören die Steuernummern aller Familienmitglieder sowie Einkommensbelege (730, Unico, Cud). Familien mit Personen mit Behinderung müssen die entsprechende ärztliche Bescheinigung vorlegen.

200 Euro	300 Euro	450 Euro	500 Euro	600 Euro	1000 Euro	1000 Euro
Rentner mit einem Einkommen bis 15.000 Euro	Zweiköpfige Familie mit einem Einkommen bis 17.000 Euro	Dreiköpfige Familie mit einem Einkommen bis 17.000 Euro	Vierköpfige Familie mit einem Einkommen bis 20.000 Euro	Fünfköpfige Familie mit einem Einkommen bis 17.000 Euro	Familien mit mehr als fünf Mitgliedern und einem Einkommen bis 20.000 Euro	Familie mit einer Person mit Behinderung und einem Einkommen bis 35.000 Euro

Übersicht Steuerbonus: Betrag und Begünstigte

## Die Social Card

Dabei handelt es sich um eine Magnetkarte, die monatlich mit 40 Euro aufgeladen wird (bis Ende 2009), und die als Zahlungsmittel, gleich einer Kreditkarte, in konventionierten Lebensmittelgeschäften sowie für die Bezahlung der Stromrechnungen verwendet werden kann.

### Begünstigte

Italienische Staatsbürger mit Wohnsitz in Italien, die 65 oder älter sind, oder Familien mit Kindern unter drei Jahren. In beiden Fällen gilt eine ISEE-Einkommensobergrenze von 6.000 Euro. Sind die Senioren 70 Jahre oder älter, muss das Gesamteinkommen unter 8.000 Euro jährlich liegen.

### Antragstellung/Auszahlung

Der Antrag und die Ausstellung der Karte läuft über die Postämter. Für die Antragstellung wird der ausgefüllte Vordruck, die Fotokopie eines Lichtbildausweises und die ISEE-Erklärung benötigt.

## Der Energiebonus

ist eine Kostenreduzierung für Stromlieferungen. Der Betrag wird direkt von der Stromrechnung abgezogen.

### Begünstigte

- Familien mit einem Anschluss bis zu 3 Kilowatt und einem ISEE-Einkommen bis zu 7.500 Euro
- Stromkunden, bei denen eine Person mit schwerer Behinderung untergebracht ist, die auf spezielle lebenserhaltende Geräte angewiesen ist.

### Betrag:

Die Höhe des Bonus für 2008 liegt

- für ein- bis zweiköpfige Familien bei 60 Euro,
- für drei- bis vierköpfige Familien bei 78 Euro und
- für Familiengemeinschaften mit mehr als 4 Personen bei 135 Euro.

### Voraussetzungen

Um den Bonus beanspruchen zu können, braucht es neben dem ausgefüllten Vordruck folgende Voraussetzungen:

- Wohnsitz in jener Gemeinde, in der das Gesuch eingereicht wird
- ein privater Strombezieher zu sein (Angabe des Stromlieferanten, bei dem der Abschlag beantragt wird)
- ein ISEE-Jahreseinkommen unter 7.500 Euro
- bei schwerer Behinderung eine Bescheinigung des Sanitätsbetriebs, welche die Notwendigkeit der elektromedizinischen Geräte für eines der Familienmitglieder belegt.

### Antragstellung

Das Ansuchen muss jährlich erneuert werden. Der Antrag für 2008 muss innerhalb 31. März 2009 eingereicht werden.

### Wir helfen weiter

Wendet euch für allfällige Auskünfte, für sämtliche Voraussetzungen und für Hilfestellung bei der Antragstellung an die Steuerdienstbüros CAAF des SGB/CSL:

Bozen (Tel. 0471-568422),

Meran (0473-497184),

Bruneck (0474-537485) und

Brixen (0472-836151).

Auch die ISEE-Erklärung für die Social Card und den Energiebonus kann bei uns abgefasst werden.

## Wissenswertes zur ISEE-Bescheinigung

Beim ISEE handelt es sich um eine Einkommenskennzahl, die sich aus dem Gesamteinkommen der Familie und deren Zusammensetzung ergibt. Sie wird häufig angewandt, um die Bedürftigkeit einer Familie zu bemessen und somit das Anrecht auf bestimmte Sozialmaßnahmen zu erheben.

Um die ISEE-Erklärung abfassen zu können, braucht es die folgenden Unterlagen:

- Selbstbescheinigung der Familienzusammensetzung (Familienbogen) im Moment der Antragstellung;
- Steuernummer und anagrafische Daten der Familienmitglieder sowie Angaben zum Verwandtschaftsgrad, sofern dies aus der

Steuererklärung nicht hervorgeht;

- Fotokopie der Identitätskarte;
- Steuererklärung Vordruck 730, Unico bzw. Honorarnoten des Vorjahres (ausgenommen sind steuerfreie Einkommen wie Sozialrenten, Kriegsrenten, oder Studienbeihilfen der Prov. BZ und TN, sofern kein Mod. CUD dafür ausgestellt wurde;
- Spareinlagen bei Bank und Post, Kontokorrente, Staatsanleihen, Aktien, Beteiligungen an nicht Börsen notierten Gesellschaften, Lebensversicherungen; jeweils zum Stand 31.12. des Vorjahres mit Angabe der Bankdaten (ABI, CAB, Filiale, K/K.- bzw. Sparbuchnummer);
- Wer in einer Mietwohnung wohnt, bringt den aktuellen

Mietvertrag und dessen Registrierungsdaten mit. Zudem ist der Betrag der im Vorjahr gezahlten Miete anzugeben;

- Wer in einer Eigentumswohnung wohnt, bringt die gegenwärtigen Katasterdaten mit, und im Falle einer Restschuld von Darlehen, deren Höhe zum 31.12. des Vorjahres;
- Bei Grundbesitz benötigen wir die aktuellen Katasterdaten, und sofern es sich um Baugrund handelt, den ICI-Wert des Vorjahres;
- Wenn in der Familiengemeinschaft eine Person mit einer Invalidität über 66% lebt, ist die ärztliche Bescheinigung mitzubringen.
- Die letzte Stromrechnung.

TIPP

## „Frau und Rente“



Der Landesbeirat für Chancengleichheit hat vor einigen Monaten eine Informationskampagne gestartet, um Frauen über verschiedene arbeitsrechtliche Themen zu informieren. Im Rahmen dieser Informationsreihe, die von der Arbeitsgruppe „Frau und Arbeit“ gestaltet wird, ist nun das dritte Faltblatt erschienen. Es bietet einen Überblick über Wissenswertes im Rentenbereich für in der Privatwirtschaft beschäftigte Frauen: vom Rentensystem über Versicherungsbeiträge, Rentenformen, Regelungen zur Mutterschaft, Elternzeit und Pflege bis hin zur Zusatzrente.

Die Broschüre „Frau und Rente“ ist auch in unseren Gewerkschaftsbüro kostenlos erhältlich.



KURIOSSES

## Für den arbeitsfreien Sonntag



Der 3. März war der „Internationale Tag des freien Sonntags“. Auch in Südtirol haben sich verschiedene soziale Verbände und Organisationen zu einer Allianz für den arbeitsfreien Sonntag zusammengeschlossen. Ziel ist es, diesen kollektiven Ruhetag vor der ausufernden Ökonomisierung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche zu schützen, da er für dauerhafte soziale Beziehungen, für das Wohlbefinden und für das Funktionieren der Gesellschaft wichtig ist.

Die Schweizer haben diese Botschaft bereits 2005 öffentlichkeitswirksam vermittelt...



AUFGEZEICHNET

## Der virtuelle Streik macht Schule...



REISEN BILDET

## Wohin die Reise diesmal geht...

Das ETSI hat für die kommenden Wochen wieder einige interessante Freizeit- und Reisevorschläge zusammengestellt, etwa eine Reise nach St. Petersburg und Moskau oder ansprechende Meeraufenthalte. Mehr Infos und Details gibt es wie immer in den ETSI-Büros oder sind in den spezifischen Reisebeschreibungen zu finden, die auch auf der Internet-Seite [www.sgbcisl.it](http://www.sgbcisl.it) nachzulesen sind.



### St. Petersburg und Moskau

**Acht tägige Russlandreise, sieben Übernachtungen**

**Vom 25. Juni bis zum 2. Juli**

Die beiden russischen Großstädte warten mit einer Reihe von Sehenswürdigkeiten auf: Roter Platz, Kathedralen, Klöster, Peter und Paul-Festung, Eremitage, Sommerresidenz der Zarenfamilie und vieles mehr.

Unterbringung in Zweibettzimmern inkl. Vollpension vom Abendessen des Anreisetags bis zum Frühstück des Abreisetags.

Flugreise

**Teilnahmegebühr** (mindestens 30 Teilnehmer): 1.395 Euro (Einreisevisum kostet zusätzlich 50 Euro, Einzelzimmerzuschlag 350 Euro)

### Meeraufenthalte

**Zweiwöchige Meeraufenthalte an der Adria**

**Verschiedene Termine ab Mai**

Einige Tipps aus unserem Angebot:

- **Hotel Palmarosa\*\*\*** in Roseto degli Abruzzi  
je nach Anreisetag zwischen 530 und 750 Euro (7 Euro Zuschlag pro Tag für Zimmer mit Meerblick). Einzelzimmerzuschlag 155 Euro. Vollpension. Mindestens 45 Teilnehmer. Die Reisetage sind: 15.-29.5.; 30.5.-13.6.\*; 14.6.-28.6.\*; 29.6.-13.7.; 30.8.-13.9.\*; 14.9.-28.9. In bestimmten Zeiträumen \* wird Antea-Agas-Mitgliedern über 65 Jahren ein Rabatt von 80 Euro gewährt.
- **Hotel King\*\*\*** in Alba Adriatica  
Zeiträume sind 30.5.-13.6. (630 Euro Teilnahmegebühr) und 28.6.-12.7. (720 Euro). Einzelzimmerzuschlag 155 Euro. Vollpension. Schwimmbad. Strand, Schirm, Liege inkl.
- **Neu: Hotel Arno\*\*\*** in Miramare in der Nähe der Thermen von Rimini  
650 Euro Teilnahmegebühr (mindestens 25 Teilnehmer) für den Zeitraum 6.6.-20.6 (90 Euro Einzelzimmerzuschlag). Vollpension. Schwimmbad. Neue Führung.



### Sardinien

**Villaggio Rasciada Club in Castelsardo**

**Vom 10. bis zum 24. Juni**

Das Feriendorf Rasciada-Club liegt direkt am Meer, an einer Felsenküste mit wunderschönen Sandbuchten und inmitten landestypischer Vegetation. Unterbringung in Bungalows oder Zimmer mit Vollpension. Schwimmbad, Strand/Schirm/Liege inbegriffen, Ausflugsmöglichkeiten.

Flugreise ab Verona

**Teilnahmegebühr** (mindestens 30 Teilnehmer): 1.095 Euro (Zuschlag von 40 Euro für Bungalows mit Meerblick); Kinder von 2 bis 11 Jahren zahlen 270 Euro



**Info + Anmeldung**  
ETSI Kultur- und Freizeitverein  
Siemensstraße 23, Bozen  
Tel. 0471 568 475  
[etsi@sgbcisl.it](mailto:etsi@sgbcisl.it)

# Solidarität für...

## Opfer rechtsextremer Gewalt

Dresden war am 13. und 14. Februar Schauplatz einer der europaweit größten rechtsextremen Großveranstaltungen. Um ein Zeichen für Demokratie und Menschenrechte sowie gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen zu setzen, hat ein Dresdner Aktionsbündnis aus verschiedensten Gruppen und Organisationen eine friedliche Gegendemonstration organisiert. Diese stand unter dem Motto: „Geh Denken: Ein klares Stopp zum Rechtsextremismus“

Eine Gruppe von Gewerkschaftern, die an der „Geh Denken“-Veranstaltung teilgenommen hatte, ist laut Presseberichten bei der Rückreise auf einer Autobahnraststätte von Neonazis überfallen worden, wobei mehrere Gewerkschafter zum Teil schwer verletzt wurden.

Wir drücken unseren KollegInnen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ausgeübt und für ihre Überzeugung einer demokratischen, freien und toleranten Gesellschaft eingetreten sind, unsere Solidarität aus.

“ Lernen ist wie Rudern  
gegen den Strom. Hört man  
damit auf, treibt man zurück.

Lao-tse

”



### Hauptsitz Bozen

Siemensstraße 23  
Tel. 0471 568400  
info@sgbcisl.it

### Bezirke Bozen

Palermostraße 79/B  
Tel. 0471 204 602

Cl.-Augusta-Str. 133  
Tel. 0471 400123

### Leifers

Weissensteiner Straße 1  
Tel. 0471 952 692

### Neumarkt

Franz-Bonatti-Platz 4  
Tel. 0471 812 139

### Brixen

Großer Graben 7  
Tel. 0472 836 151  
brixen@sgbcisl.it

### Bruneck

Stegener Straße 8  
Tel. 0474 553 355  
bruneck@sgbcisl.it

### Sterzing

Neustadt 26  
Tel. 0472 766 640

### Meran

Sparkassenstraße 24  
Tel. 0473 230 242  
info.me@sgbcisl.it

### Mals

General-Verdross-Str. 45  
Tel. 0473 831 418

[www.sgbcisl.it](http://www.sgbcisl.it)